

07.05.2024

Kleine Anfrage 3813

der Abgeordneten Markus Wagner und Dr. Martin Vincentz AfD

NRW: Durch Steuern finanziertes Transideologieprojekt – Wie sehr werden Kinder und Jugendliche beeinflusst?

Die „Landesarbeitsgemeinschaft Mädchen*arbeit NRW (LAGM*A NRW)“ beschreibt sich selbst als „[q]ueer-feministisch“ und „rassismuskritisch“. Dabei handelt es sich um eine „landesweite Fachstelle für intersektionale Mädchen*arbeit und machtkritische Mädchen*politik in NRW“, die als gemeinnütziger Verein und „anerkannter Träger der freien Kinder- und Jugendhilfe“ eigene Fachzeitschriften publiziert und Sozialarbeiter unter anderem in den Aspekten schult, „queere Jugendliche“ und Menschen anderer Hautfarbe darin zu bestärken, Transgeschlechtlichkeiten bei Kindern im Kindergartenalter zu erkennen und zu bekräftigen sowie sich auch für die Rechte von „queeren Geflüchteten“ stark zu machen.¹

Dabei wird der Verein samt seiner Vorhaben vom Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen durch Steuergelder finanziert. Das Ziel dieser Vorhaben sei es, sogenannte „MINTA“, also Mädchen, inter- und transsexuelle Menschen sowie nicht-binäre und agender Personen, in den Vordergrund zu stellen. Der Begriff des Mädchens wird von Seiten der Sozialarbeiter nur mit einem anschließend folgendem Gender-Stern verwendet, um die Geschlechter-Vielfalt hinter diesem Begriff zu berücksichtigen.²

Konkret wird sich beispielsweise dafür eingesetzt, dass Flüchtlinge bald Anspruch auf geschlechtsangleichende medizinische Eingriffe, wie Hormontherapien oder operative Eingriffe, bekommen sollen. Das derzeitige Problem sei, dass Flüchtlinge nur bei akuten Schmerzzuständen und Erkrankungen medizinische Versorgung beanspruchen können und eben jene Maßnahmen derzeit nicht als Eingriffe gegen akute Schmerzen oder Erkrankungen klassifiziert werden. Die Kosten der Eingriffe, die sich ohne Vor- und Nachsorge bereits auf etwa 5.000 bis 15.000 Euro belaufen, sollen nach Meinung des Vereins vom Staat und somit letztendlich vom Steuerzahler übernommen werden. Als weiteren Grund dafür gab der Verein die „Mehrfach-Diskriminierung“ an, die speziell auf „queeren“ Flüchtlingen lasten würde, da sie von Rassismus, Queerfeindlichkeit und Sexismus zugleich betroffen wären. Darüber hinaus wird sich für Themen wie „dekoloniale Prinzipien“, „politisch korrekte Sozialarbeit“ und sogenannte „safer spaces“ nur für „schwarze Frauen“ und „türkische Bi_PoC“ eingesetzt. In einer weiteren Broschüre wird ausgeführt, dass biologische Männer, die nun vorgeben Frauen

¹ Vgl. <https://apollo-news.net/staatlich-gefoerderter-verein-will-geschlechtsumwandlungen-bei-kindern-vorantreiben/>.

² Ebenda.

zu sein, auch in Frauenschutzräumen Einlass finden sollen. Eine Ablehnung dessen wird dabei klar als „transfeindlich“ deklariert.³

Um Jugendliche vor so einer „Transfeindlichkeit“ schützen, präsentiert der Verein das Konzept der „Trans*-Verbündetenschaft“, durch welche Menschen ihre Privilegien in der heutigen Gesellschaft erkennen sollen und sich deshalb für die Rechte von Trans-Personen einsetzen sollen. Dabei wird unter anderem auf Faktoren wie Ansprüche auf Unterkunft in Frauenhäusern und die Verwendung angeblich richtiger Pronomen hingewiesen. Überdies betont die „Trans* AG der autonomen Hamburger Frauenhäuser“ laut des Artikels die Wichtigkeit sogenannter Quoten bei der Verteilung von Arbeitsplätzen. Dabei sollen mindestens 50% der Sozialarbeiter Migrantinnen und Frauen mit dunkler Hautfarbe sein. Zusätzlich gebe es bereits Frauenhäuser, die bereits eine Mindestquote an lesbischen Angestellten eingeführt haben, um Kante gegen Homosexuellenfeindlichkeit zu zeigen. In der neuesten Ausgabe eines Fachmagazins der „LAGM*A“ geht es Kinder und Jugendliche mit vermeintlicher Transgeschlechtlichkeit. In solchen Fällen sollen „Fachleute“ den Kindern den Weg zu einer irreversiblen Geschlechtsumwandlung aufdrängen, anstatt sie aufgrund ihrer Identitätsstörung in professionelle Therapie weiterzuleiten. Dabei seien Personen mit eigener Transidentität wertvolles „Fachpersonal“.⁴

Besonders krude wird es in den folgenden Umschreibungen, als von der Wichtigkeit geschlechtlicher Vielfalt im Kindergarten gesprochen wird. Es liege dann an den Sozialarbeitern, unter anderem durch passende Bilderbücher und die Verwendung neuer Pronomen diesen Kindern mehr Sichtbarkeit zu geben und diese Identitätsstörung zu fördern.

Wir fragen daher die Landesregierung:

1. Gibt es mittlerweile nordrhein-westfälische Frauenhäuser oder andere öffentliche Einrichtungen, die ebenfalls Quoten in Bezug auf Einstellungskriterien eingeführt haben?
2. Aufgrund welcher Kriterien gilt „LAGM*A NRW“ als gemeinnütziger Verein?
3. Unterstützt die Landesregierung die Ziele und Vorhaben von „LAGM*A NRW“?
4. Wie hoch waren die finanziellen Zuwendungen des Landes NRW bisher, die an „LAGM*A NRW“ im Einzelnen gezahlt worden sind?
5. Wie beurteilt die Landesregierung den Umgang des Vereins mit Geschlechtsidentitätsstörungen bei Kindern und Jugendlichen bis hin zum Kindergartenalter?

Markus Wagner
Dr. Martin Vincentz

³ Ebenda.

⁴ Ebenda.